

De Maizière rechnet mit mehr Auslandseinsätzen

Auf der Handelsblatt-Sicherheitskonferenz kündigt der Verteidigungsminister ein stärkeres Engagement der Bundeswehr an.

Rüdiger Scheidges
Berlin

Deutschland wird in Zukunft öfter an internationalen Einsätzen beteiligt sein. Diese Überzeugung äußerte Verteidigungsminister Thomas de Maizière (CDU) bei der internationalen Handelsblatt-Sicherheitskonferenz „Sicherheitspolitik und Verteidigungsindustrie“ gestern in Berlin.

De Maizière kündigte an: „Wir werden in weit stärkerem Maße Verantwortung übernehmen. Unsere Verbündeten sehen uns längst als erwachsenen und zu verpflichtenden Partner an. Ein Zurück hinter 1990 gibt es nicht!“, spielte er auf die Scheckbuchpolitik früherer Regierungen an. Doch, so der Minister vor 400 Gästen aus Politik und Wirtschaft: „Nicht jede sicherheitspolitische Herausforderung zwingt uns zur Beteiligung.“

Schelte für die Rüstungsindustrie

Der Minister warnte davor, in Afghanistan „eine übertriebene Verkleinerung des Kontingents nur wegen politischer Symbolik“ zu planen. „Wir werden noch Jahre in Afghanistan bleiben. Nicht als Kampftruppe, aber zur Sicherung des Übergabeprozesses.“ Bundesaußenminister Guido Westerwelle (FDP) hatte wiederholt auf einen Abzugsbeginn noch in diesem Jahr gedrängt.

Der Rüstungsindustrie las de Maizière die Leviten. Die Lage, in der er jetzt die Industrie aus Kostengründen drängen müsse, auf vereinbarte Geschäfte zu verzichten, habe sie selber verschuldet: „Wir hätten diese Diskussion nicht, wenn Anbieter schneller geliefert hätten.“ So



Bundesverteidigungsminister Thomas de Maizière auf der Handelsblatt-Sicherheitskonferenz in Berlin.

HANDELSBLATT-KONFERENZ

Feste Größe „Eine schon legendäre Veranstaltung“ nannte Innenminister Hans-Peter Friedrich die alljährliche Handelsblatt-Sicherheitskonferenz in Berlin, die in diesem Jahr zwei Tage unter dem Motto „Sicherheitspolitik und Sicherheitsindustrie“ steht.

Teilnehmer 400 Experten aus Politik, Wirtschaft und Forschung nehmen daran teil. Die Keynote hielt Verteidigungsminister Thomas de Maizière (CDU). Innenminister Friedrich (CSU) sprach zum Thema „Global vernetzte Infrastrukturen wirksam schützen - Cyber-Sicherheit als Herausforderung des 21. Jahrhunderts“.

lange der Bund „keine Luft beim Bestellvolumen“ bekomme, „kann es keine Kompensation geben“. Und auch keine neuen Aufträge. Die Bundeswehr werde der Industrie jedenfalls „keine Geräte abnehmen, die wir nicht brauchen“.

Bundesinnenminister Hans-Peter Friedrich (CSU) sagte auf der Handelsblatt-Konferenz, die Grenzen zwischen äußerer und innerer Sicherheit vertiefen immer fließender. „Es gibt eine Internet Underground Economy, in der Sie jede Schachware kaufen können, jeden Pin, jedes Passwort“.

Wirtschaft muss kooperieren

Friedrich forderte die Wirtschaft deshalb zur Kooperation auf. „Provider, die den Zugang zum Netz gewähren, müssen automatisch Sicherheitsprogramme installieren.“

Es gehe nicht an, dass ein E-Mail-Konto umsonst sei, der Konsument dann aber hohe Kosten für die Sicherheit tragen solle. Dies führe zu Sicherheitsproblemen, da die Programme oft nicht gekauft würden. Er appellierte an die Wirtschaft, „viel mehr für die eigene Sicherheit zu sorgen. Umso weniger muss der Staat eingreifen.“ Das Internet sei „keine Veranstaltung von Altruisten“. Milliardensummen würden umgesetzt.

Angesichts der Dominanz der US-Firmen müssten Deutschland und Europa an Souveränität gewinnen: „Es gehört zur nationalen und technologischen Souveränität, dass Europa sich von Zulieferungen unabhängig macht. Wir müssen selber Software produzieren und die Netze selber betreiben, sonst droht uns der Cyber-GAU.“